

Sichere Einreise

Im Rahmen des Human Rights Talk diskutierten Mitte April im Haus der Europäischen Union Experten und eine Expertin unter der Leitung von Menschenrechtsprofessor Manfred Nowak zum Thema Refugee Resettlement in the EU. Ein Grund, wieder einmal einen Blick auf die Entwicklung der europäischen Resettlement-Programme zu werfen.

Von Claudia Grobner



Seit mehr als zwei Jahren warten Flüchtlinge im Lager „Choucha“ auf Aufnahme in der EU.

Der Begriff „Resettlement“ bezeichnet die dauerhafte Neuansiedlung besonders verletzlicher Flüchtlinge in einen aufnahmebereiten Staat, der ihnen vollen Flüchtlingschutz gewährt und die Möglichkeit bietet, sich im Land zu integrieren. In Frage kom-

men in erster Linie Flüchtlinge, die nicht in ihren Herkunftsstaat zurückkehren können, denen aber auch im Zufluchtsstaat kein ausreichender Schutz und keine Chance auf dauerhafte Ansiedelung gewährt werden kann.

Weltweit beteiligen sich nur etwas mehr als 20 Staaten im Rahmen etablierter Resettlement-Programme an der regelmäßigen Aufnahme von Flüchtlingen.¹ Die USA, Kanada und Australien nehmen rund 80 % der Flüchtlinge in Resettlement-Programmen auf, in Europa sind es vor allem die nordischen Staaten. Viele Länder haben jedoch überhaupt keine Programme, so auch Österreich. Laut UNHCR werden in den nächsten fünf Jahren rund 800.000 Menschen Unterstützung für ein Resettlement brauchen. „Diese Zahl in einem Jahr zu bewältigen ist unmöglich, daher konzentriert sich UNHCR auf die dringendsten Fälle. Für 2013 sind 180.000 Resettlement-Plätze geplant“, so Christoph Pinter, Leiter des UNHCR-Büros in Wien, bei der Diskussion in Wien.

UNHCR und die traditionellen Resettlement-Aufnahmestaaten haben sich auf acht Gruppen geeinigt:

- Personen mit besonderen rechtlichen und physischen Schutzbedürfnissen
- Personen mit besonderem medizinischen Behandlungsbedarf
- Überlebende Opfer von Gewalt und Folter
- Frauen mit besonderer Risikoexposition
- Flüchtlingskinder und heranwachsende Flüchtlinge
- Ältere Flüchtlinge
- Personen, die aus anderen Gründen keinerlei Perspektive auf eine Eingliederung im derzeitigen Aufenthaltsstaat haben
- Personen, deren Familienangehörige sich bereits in einem Resettlementstaat befinden

Enge Grenzen von Resettlement

Anders als jene Menschen, die sich an den Küsten Afrikas mit kleinen Fischerbooten auf den Weg nach Europa machen, werden Flüchtlinge aus Resettlement-Programmen ohne große Probleme aufgenommen und auch von der Bevölkerung großteils akzeptiert. Dafür müssen die Flüchtlinge es aber erst schaffen in das Programm aufgenommen zu werden. Und selbst dann ist es immer noch nicht getan. An der libysch-tunesischen Grenze existiert beispielsweise seit mehr als zwei Jahren das Lager „Choucha“, in dem viele Flüchtlinge nach Ausbruch des Krieges in Libyen aufgenommen wurden. Dort warten immer noch knapp 1.000 bereits anerkannte Flüchtlinge auf einen Resettlementplatz und das unter miserablen Bedingungen (Hygiene, Hitze, mangelnde Lebensmittelversorgung, kleine Wasserrationen, Schlangen und Skorpione im Lager). Es ist eine selektive Aufnahme, von der die EU definitiv profitiert und mittels derer sie von den Toten an den EU-Außengrenzen ablenken möchte.

Das UN-Flüchtlingshochkommissariat verwaltet das Lager und wählt Flüchtlinge nach organisationseigenen Kriterien² für seine Resettlement-Programme aus. Europa hat so bisher rund 1.000 Aufnahmen zugestimmt. Zuletzt hat auch Deutschland im September 2012 insgesamt 205 Menschen aufgenommen – nach lang anhaltenden Bemühungen von NGOs und einzelnen AktivistInnen. Menschen aus Choucha, die laut Definition jedoch nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, müssen zurück nach Libyen oder Tunesien, in ihre Herkunftsländer oder im Lager bleiben – wobei dies zu unterbinden versucht wird und es sogar zu Drohungen von Seiten des UNHCR kommt. Bald soll das Lager in Tunesien geschlossen werden, dabei leben immer noch einige Hundert abgelehnte

Flüchtlinge dort. Seit November 2012 hat UNHCR die Lebensmittelration gestrichen und verweigert gesundheitliche Versorgung. Somit sollen die übrig gebliebenen Menschen zur „freiwilligen“ Ausreise gezwungen werden. Auch Deutschland und selbst UNHCR setzen derzeit hauptsächlich auf lokale Integrationsprogramme in Tunesien, die von den Flüchtlingen jedoch nicht angenommen werden. Ihr fast einmonatiger Hungerstreik vor dem UNHCR-Büro, die Diskriminierung und Ausbeutung von subsaharischen MigrantInnen in Tunesien oder Libyen wird dabei bewusst ignoriert. Menschen, die Schutz in Choucha suchen, werden abgewiesen und wieder fortgeschickt.

Im Rahmen des Weltsozialforums in Tunis diesen März kam es erneut zu Protesten von Flüchtlingen aus Choucha. Mehrere Flüchtlinge marschierten vor das UNHCR-Büro in Tunis und traten in Hungerstreik. Immer wieder kam es zu repressiven Maßnahmen der tunesischen Sicherheitsbehörden. In ihrer ausweglosen Situation entscheiden sich daher viele Flüchtlinge das Choucha-Camp zu verlassen und sich auf eigene Faust nach Europa aufzumachen. So entschieden sich auch Ende April fünf somalische Flüchtlinge per Boot das Mittelmeer zu überqueren.³

Sie riskierten damit ihr Leben, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Solange UNHCR und die europäischen Länder ihrer Verantwortung für diese Menschen nicht gerecht werden, wird das Sterben im Mittelmeer kein Ende nehmen. Laut Schätzungen sind im Jahr 2011 mehr als 1.500 Menschen bei dem Versuch, Europa über das Mittelmeer zu erreichen, ertrunken oder gelten als vermisst. Anstatt hier in den Flüchtlingsschutz zu investieren, wird der „Grenzschutzagentur“ FRONTEX immer mehr Geld zugespielt, laut Bundesministe-

1 Stand April 2010

2 Zahlen von der Deutschen UNHCR-Homepage

3 chouchaprotest.noblog

4 www.bmi.bund.de

5 Kathimerini (Athener Morgenzeitung), vom 16. Dezember 2012

6 BM.I (Bundesministerium für Inneres)

7 UNHCR Österreich

rium des Innern in Deutschland wurde FRONTEX für das Jahr 2012 ein Budget in Höhe von rund € 85 Mio. durch die EU-Haushaltsbehörden zugewiesen.⁴ Das Geld wird beispielsweise für Überwachungsroboter oder neue Grenzzäune an den EU-Außengrenzen verwendet. So wurde im Dezember 2012 der zehn Kilometer lange Zaun am Evros zwischen Griechenland und der Türkei fertiggestellt – die Kosten beliefen sich dabei auf € 3,16 Mio..⁵

Situation in Österreich und Deutschland

Österreich denkt derzeit nicht an Resettlement und begründet es damit, dass es im Verhältnis zur EinwohnerInnenzahl relativ viele Asylanträge gibt. Im Jahr 2012 wurden in Österreich 17.413 Asylanträge gestellt, es gab nur 3.680 positive rechtskräftige Entscheidungen im Jahr 2012.⁶ Insgesamt gab es im vergangenen Jahr noch rund 21.000 offene Asylverfahren, also Fälle, in denen die Behörden noch nicht entschieden haben, ob die Asylsuchenden tatsächlich in Österreich bleiben dürfen. Verglichen mit den 90er Jahren scheinen diese Zahlen gering: Während des Bosnien-Krieges beispielsweise wurden 90.000 Vertriebene in Österreich aufgenommen, im Jahr 1956 waren es während der Ungarn-Krise vorübergehend sogar über 170.000 Menschen. Insgesamt gibt es weltweit an die 43 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, in der EU stellten 2011 rund 277.000 Menschen einen Asylantrag. Im EU-Vergleich liegt Österreich an siebter Stelle.⁷

Deutschland beschloss in den Jahren 2009 und 2010 die Aufnahme von 2.500 irakischen Flüchtlingen im Rahmen eines ad-hoc Resettlement-Programms, im Jahr 2011 wurde daraufhin ein reguläres Resettlement-Programm verabschiedet, das

die Aufnahme von 300 Flüchtlingen pro Jahr für einen Zeitraum von drei Jahren vorsieht (2012 - 2014). Darüber hinaus gibt es seit 2008 deutschlandweit unabhängige, lokale Initiativen, die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland über das Resettlement-Programm einsetzen. Das Netzwerk dieser Initiativen, „Save me – eine Stadt sagt ja“, erreichte 2011 durch den Einstieg Deutschlands in das Resettlement-Programm ihr erstes Ziel. 300 Flüchtlinge sind für die InitiatorInnen jedoch nach wie vor zu wenig (vor allem, da das Programm 2014 ausläuft), daher gibt es die Kampagne weiterhin und sie setzt sich dafür ein, dass jährlich mehr Menschen dauerhaft aufgenommen werden.

Am 15. und 16. November 2012 gab es dazu eine Konferenz in Nürnberg, bei der PRO ASYL gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz, der International Catholic Migration Commission (ICMC) und UNHCR mit VertreterInnen von nationaler, regionaler und kommunaler Ebene diskutierte. Anlass war die Aufnahme der Flüchtlinge aus Choucha, doch es wurde auch über Resettlement-Länder wie Kanada, die USA und Schweden berichtet, die sehr viel mehr Flüchtlinge aufnehmen. „Deutschland kann mehr!“ war das Motto von PRO ASYL und so appellierte die Organisation im März dieses Jahres an Bundeskanzlerin Angela Merkel für ein europäisches Flüchtlingsaufnahmeprogramm einzutreten. „Dies wäre ein dringend notwendiger Akt der Menschlichkeit, aber auch ein bedeutendes Signal gegenüber Erstaufnahmeländern“, so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.

Die „Save Me“-Kampagne

Lokalpolitisch haben über 50 „Save me“-Initiativen Städte und Gemeinden davon

überzeugt, sich per Ratsbeschluss für die Aufnahme von Flüchtlingen bereit zu erklären. „Save me“-PatInnen unterstützen die Forderungen durch ihre Unterschrift und helfen teilweise auch praktisch mit, die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft zu unterstützen.⁸

Aktuell beteiligt sich die „Save me“-Kampagne am Projekt SHARE, das den Aufbau eines europäischen Netzwerks von Städten und Regionen zum Ziel hat. Unter anderem beteiligt sich auch das Österreichische Rote Kreuz an dem Projekt – gemeinsam mit anderen Organisationen wurde die ARGE Österreich gegründet, die sich für die Einführung von Resettlement in Österreich einsetzt (mehr unter www.resettlement.eu).

Auch bei der Podiumsdiskussion am 18. April 2013 war die „Save me“-Kampagne Thema. So waren sich die DiskutantInnen einig, dass die Zivilgesellschaft erheblichen Einfluss auf die Entscheidung der Regierung haben könnte. Auch die EU wurde in diesem Zusammenhang erwähnt, die hier stärker intervenieren sollte und nicht die Entscheidung über Resettlement-Programme den einzelnen Ministerien überlassen sollte. Einen Sinneswandel könnte es auch in der Bevölkerung durch Resettlement-Programme geben. Da die Menschen schon vor ihrer Ankunft als Flüchtlinge anerkannt sind, werden sie nicht so sehr als „Bedrohung“ angesehen; anders als Schutzsuchende, die es nur mit Hilfe von SchlepperInnen ins Land schaffen. Auch die Solidarität ist größer. Dem Vorwurf des „Asylmissbrauchs“ wäre der Wind aus den Segeln genommen.

Laut Migrationsforscher Bernhard Perchinig sind an dem Stillstand in Österreich eindeutig auch einzelne MinisterInnen Schuld, die keinen „Sinneswandel“ in der Bevölkerung wünschen. AsylwerberInnen

sollen Sündenböcke bleiben, auf die sich die Politik ausreden kann. Laut Einschätzung von Amnesty International Österreich kann die momentane Situation in Syrien auch nicht viel an der Position Österreichs zu Resettlement ändern. Im Gegenteil, es ist derzeit sogar schwierig für Personen aus Syrien, die Verwandte in Österreich haben, Visa zu erhalten.

Bei der Diskussion im Haus der Europäischen Union waren auch einige Flüchtlinge aus der Flüchtlingsbewegung rund um das Servitenkloster anwesend. Die spannendste Frage aus dem Publikum kam von einem Flüchtlings Sprecher, der das Podium fragte, wann die zuständigen Personen in Österreich doch endlich die Verantwortung übernehmen würden. Vor oder erst nach der Wahl? Die Frage blieb an diesem Abend leider unbeantwortet.

8 Mehr Informationen: www.save-me-kampagne.de

Die gesamte Podiumsdiskussion wurde von zige.tv aufgezeichnet und ist unter www.ichmachpolitik.at online verfügbar.

